

# Rechtsinformationsdienst

der Kanzlei

## Schäfer & Partner mbB Rechtsanwälte

Haagstraße 8 - 10, 61169 Friedberg/Hessen  
Telefon: 06031/12032 u. 73253 – Telefax: 06031/62187

E-Mail: info@raschaefer-partner.de  
www.RaSchaefer-Partner.de

Ausgabe: private Mandanten

- alle Angaben ohne Gewähr -

Dezember 2019

### Familien- und Erbrecht

#### **Zugewinnausgleichsverfahren: Auskunftspflicht über Pkw**

Der Ausgleich des Vermögens bei der Scheidung eines im gesetzlichen Güterstand verheirateten Ehepaares erfolgt im Wege des Zugewinnausgleichs. Bei der Durchführung werden Anfangs- und Endvermögen der Eheleute gegenübergestellt. Jeder Ehepartner hat gegenüber dem anderen einen Anspruch auf Auskunft über sein Endvermögen. Der Auskunftsanspruch ist durch ein Bestandsverzeichnis zu erfüllen (§ 260 Abs. 1 BGB).

Die Auskunft muss dabei so umfangreich sein, dass der Gegenseite eine hinreichend verlässliche Wertermittlung möglich ist. Bei einem zum Endvermögen gehörenden Personenkraftfahrzeug sind daher regelmäßig mindestens das Fabrikat, das Modell, die Motorisierung, das Baujahr, die gefahrenen Kilometer, etwaige Sonderausstattungen und Unfälle oder Unfallfreiheit anzugeben.

Beschluss des OLG Brandenburg vom 05.03.2019  
13 WF 27/19  
FamRZ 2019, 1601

#### **Wirksamkeit eines "Notizzetteltestaments"**

Auch in einem wenige Zentimeter großen handschriftlich beschriebenen Notizzettel kann grundsätzlich ein wirksames Testament liegen, wenn sich daraus der Erblasserwille eindeutig entnehmen lässt.

In dem vom Oberlandesgericht Braunschweig entschiedenen Fall kam es auf die Frage der Wirksamkeit des vorgefundenen "Notizzetteltestaments" einer Witwe letztlich nicht an, da die Notiz kein Datum aufwies. Zwar ist nach dem Gesetz die Angabe eines Datums nicht zwingend vorgeschrieben; der einschlägige § 2247 Abs. 2 BGB ist eine Sollvorschrift. Wegen der fehlenden Datierung war jedoch nicht feststellbar, ob das "Notizzetteltestament" vor oder nach dem daneben vorliegenden Ehegattentestament erstellt wurde.

Urteil des OLG Braunschweig vom 20.03.2019  
1 W 42/17 - FamRZ 2019, 1364

#### **Vereinfachtes Unterhaltsverfahren: Nachweis der Leistungsunfähigkeit**

Auf Antrag wird der Unterhalt eines minderjährigen Kindes, das mit dem in Anspruch genommenen Elternteil nicht in einem Haushalt lebt, in einem vereinfachten Verfahren festgesetzt, soweit der Unterhalt das 1,2-fache des gesetzlichen Mindestunterhalts nicht übersteigt.

Beruft sich der Unterhaltsschuldner im vereinfachten Unterhaltsverfahren auf seine fehlende Leistungsfähigkeit, genügt er seiner Auskunftspflicht über sein Vermögen nicht bereits mit der Vorlage eines Bewilligungsbescheides zur Sozialhilfe. Damit kommt er nach Auffassung des Kammergerichts Berlin lediglich seiner gesetzlichen Belegpflicht hinsichtlich seines Einkommens nach; die Auskunft zu seinem Vermögen wird dadurch nicht entbehrlich.

Beschluss des KG Berlin vom 14.06.2019  
19 WF 52/19  
jurisPR-FamR 22/2019 Anm. 5

#### **Ausschluss des Ehegattenerbrechts bei Ruhens des Scheidungsverfahrens**

Nach § 1933 Satz 1 BGB ist das Erbrecht des überlebenden Ehegatten ausgeschlossen, wenn zur Zeit des Todes des Erblassers die Voraussetzungen für die Scheidung der Ehe gegeben waren und der Erblasser die Scheidung beantragt oder ihr zugestimmt hat.

Die Wirkungen des § 1933 BGB werden durch Ruhens des Scheidungsverfahrens nicht beseitigt. Auch bei einem mehrjährigen Ruhens des Verfahrens (hier über fünf Jahre) kann man nach Auffassung des Oberlandesgerichts Düsseldorf nicht von einer konkludenten Rücknahme der Scheidungsanträge sprechen, da eine Zeitspanne von fünf bis sechs Jahren keinen sicheren Rückschluss darauf erlaubt.

Beschluss des OLG Düsseldorf vom 19.09.2017  
II-6 UF 30/17  
ErbR 2018, 276

---

## Verkehrsrecht

### Mitverschulden des nicht angeschnallten Beifahrers an Unfallverletzungen

Ein bei einem Verkehrsunfall schwer verletzter Beifahrer trägt ein Mitverschulden an seinen unfallbedingten Verletzungen, wenn er zum Zeitpunkt des Unfalls den Sicherheitsgurt nicht angelegt hat und die schweren Verletzungen bei angelegtem Gurt nicht eingetreten wären. Das Oberlandesgericht Rostock setzte den Mithaftungsanteil einer nicht angeschnallten 16-jährigen Beifahrerin, die bei einem von dem Fahrer wegen erheblicher Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit verursachten Unfall ein schweres Schädelhirntrauma erlitten hatte und seitdem schwerbehindert ist, mit einem Drittel an.

Urteil des OLG Rostock vom 25.10.2019  
5 U 55/17  
Pressemitteilung des OLG Rostock

### Fahrtenbuchauflage trotz zwischenzeitlichem Verkauf des "Tatfahrzeugs"

Die Verwaltungsbehörde kann gegenüber einem Fahrzeughalter für ein oder mehrere auf ihn zugelassene oder künftig zugelassene Fahrzeuge die Führung eines Fahrtenbuchs anordnen, wenn die Feststellung des Fahrers nach einem erheblichen Verkehrsverstoß nicht möglich war.

Ein Fahrzeughalter, der sich weigert, Angaben zum Fahrzeugführer zum Zeitpunkt einer erheblichen Geschwindigkeitsüberschreitung zu machen, kann sich nicht darauf berufen, dass er das "Tatfahrzeug" bereits kurz nach dem Vorfall und somit vor der behördlichen Fahrtenbuchauflage veräußert hat. Für die Frage, wem als Halter die Führung eines Fahrtenbuchs auferlegt werden kann, kommt es - so der Bayerische Verwaltungsgerichtshof - auf die Haltereigenschaft im Zeitpunkt des Verkehrsverstoßes an.

Urteil des BayVGH vom 12.03.2019  
11 CS 18.2476 - NJW-Spezial 2019, 235

### Unfallflucht: Erkennbarkeit des bedeutenden Schadens zur Zeit der Tat

Entfernt sich ein Unfallbeteiligter unerlaubt vom Unfallort, wird dies mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe sowie ggf. mit Entziehung der Fahrerlaubnis geahndet. Für

den Führerscheinentzug ist insbesondere die Höhe des Schadens entscheidend. Es muss sich dabei um einen "bedeutenden Schaden" handeln. Die Grenze ist nach der Rechtsprechung derzeit bei circa 1.300 Euro anzusetzen.

Bei der Erkennbarkeit des bedeutenden Schadens für den Beschuldigten kommt es alleine auf den Zeitpunkt der Tat an. Durfte der Fahrer bei laienhafter Betrachtung davon ausgehen, dass es sich um einen geringfügigen Schaden handelte, kann von der Verhängung eines Fahrverbots abgesehen werden. Eine nachträgliche Feststellung eines höheren Schadens ist dann unerheblich. Ein Indiz für die subjektiv zutreffende Einschätzung der Reparaturkosten durch den Beschuldigten ist für das Landgericht Berlin, dass die Polizeibeamten vor Ort zu einem vergleichbaren Ergebnis gekommen sind.

Beschluss des LG Berlin vom 01.04.2019  
534 Qs 23/19 - VRS 135, 266

### Bedienung eines fest eingebauten Navigationsgeräts verboten

Unter das sogenannte Handyverbot des § 23 Abs. 1a StVO fallen auch "Geräte der Unterhaltungselektronik oder Geräte zur Ortsbestimmung, insbesondere Mobiltelefone oder Autotelefone, Berührungsbildschirme, tragbare Flachrechner, Navigationsgeräte, Fernseher oder Abspielgeräte mit Videofunktion oder Audiorekorder."

Für das Kammergericht Berlin ist es für einen Verstoß gegen § 23 Abs. 1a StVO unerheblich, ob ein Navigationsgerät fest im Fahrzeug eingebaut ist. Die Vorschrift unterscheidet nicht zwischen mobilen und immobilen elektronischen Geräten. Das Gericht verurteilte eine Autofahrerin, die kurz den fest eingebauten Joystick in der Mittelkonsole ihres Fahrzeugs bediente, um im Bordcomputer auf das Navigationssystem umzuschalten, wegen der Benutzung eines elektronischen Geräts beim Führen eines Kraftfahrzeugs mit Unfallfolge zu 250 Euro Geldbuße und einem einmonatigen Fahrverbot. Da sie den Blick für wenige Sekunden von der Fahrbahn abwendete, war sie aus Unachtsamkeit auf den vor ihr fahrenden Personenkraftwagen aufgefahren.

Beschluss des KG Berlin vom 29.03.2019  
3 Ws (B) 49/19 - VRR 2019, Nr. 10, 2

---

## Reiserecht

### Fahrzeugbeschädigung durch Hotel-Parkservice

Wird der Pkw eines Hotelgastes vom Parkservice des Hotels statt in der Hoteltiefgarage auf der Straße in einer Parkbucht abgestellt und werden dabei beide Räder auf der rechten Fahrzeugseite beschädigt, sind nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Köln das Hotel und der betreffende Mitarbeiter dem Gast zum Schadensersatz verpflichtet.

Urteil des OLG Köln vom 26.08.2019  
22 U 134/17 - Pressemitteilung des OLG Köln

### Keine Beförderung eines alkoholisierten Fluggastes

Eine Fluggesellschaft darf einem dem Bordpersonal stark alkoholisiert erscheinenden Fluggast die Beförderung verweigern, wenn zu befürchten ist, dass er in diesem Zustand den (Langstrecken-)Flug nicht durchstehen kann. Dem Fluggast steht dann kein Schadensersatz wegen Nichtbeförderung in Höhe der Kosten für einen späteren Ersatzflug zu.

Urteil des AG München vom 23.07.2019  
182 C 18938/18 - Justiz Bayern online

---

## Miet- und Nachbarrecht

### Keine Wohnungsbesichtigung des Vermieters mit Zeugen

Das Interesse des Wohnungsmieters an der Unverletzlichkeit der Wohnung gebietet es, dass das dem Vermieter zustehende Besichtigungsrecht schonend ausgeübt wird. So muss es der Mieter eines Reihennittelhauses hinnehmen, wenn der Vermieter bei einem Besichtigungstermin zum Zwecke der Mangelüberprüfung eine fachkundige Person, wie etwa einen Handwerker oder einen Sachverständigen, mitbringt. Er kann jedoch einem vom Vermieter als Zeugen mitgebrachten sachkundigen Dritten den Zutritt zu den Wohnräumen verweigern.

Urteil des LG Nürnberg-Fürth vom 18.06.2018  
7 S 8432/17 - Justiz Bayern online

### Schimmel im Kinderzimmer ist ein Kündigungsgrund

Schimmel im Kinderzimmer einer Mietwohnung berechtigt den Mieter zur fristlosen Kündigung. Nach Ansicht des Amtsgerichts Bielefeld war der Zustand für die Gesundheit des Kleinkinds der Familie nicht tragbar gewesen. In dem Rechtsstreit konnte der Vermieter seine Behauptung, der Schimmel sei durch den Mieter verursacht worden, nicht beweisen. Auch ein vom Gericht eingeschalteter Sachverständiger konnte kein Verschulden der Mieter an der Schimmelbildung z.B. durch falsches Lüftungsverhalten feststellen.

Urteil des AG Bielefeld vom 03.07.2019  
415 C 56/18 - JURIS online

### Vermieter muss nachträglichen Wegfall des Eigenbedarfs nachweisen

Ein Vermieter ist berechtigt, ein bestehendes Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs zu kündigen, wenn er den Wohnraum für sich oder nahe Angehörige benötigt. War der Eigenbedarf lediglich vorgeschoben oder vorge täuscht, ist er seinem ehemaligen Mieter, der sich der Kündigung gebeugt hat und ausgezogen ist, zum

Schadensersatz verpflichtet. Hierzu gehören insbesondere Maklergebühren, Inseratkosten, Kosten für Ummeldung und Umzug sowie Aufwendungen für die Renovierung der neu angemieteten Wohnung.

Hat der Vermieter die ausgesprochene Eigenbedarfskündigung damit begründet, selbst in die Wohnung einzuziehen zu wollen, obliegt es ihm, die vorgebrachten Gründe zu beweisen, wenn diese nachträglich wegfallen. In dem vom Amtsgericht Waiblingen entschiedenen Fall konnte eine Vermieterin nicht nachweisen, dass - wie behauptet - durch eine unerwartete schwere Erkrankung ihres Lebensgefährten der geplante Umzug und der Einzug in die Wohnung unmöglich geworden war. Das Gericht verurteilte sie dazu, dem gekündigten Mieter Schadensersatz in Höhe von circa 7.650 Euro zu zahlen.

Urteil des AG Waiblingen vom 15.01.2019  
9 C 1106/18 - WuM 2019, 334

### Kein Anspruch auf Beseitigung von Bäumen bei Einhaltung des Grenzabstands

Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass ein Grundstückseigentümer von seinem Nachbarn in aller Regel nicht die Beseitigung von Bäumen wegen der von ihnen ausgehenden natürlichen Immissionen auf sein Grundstück verlangen kann, wenn die für die Anpflanzung bestehenden landesrechtlichen Abstandsregelungen eingehalten sind.

Beeinträchtigungen durch Pollenflug, Herausfallen der Samen und Früchte, Herabfallen der leeren Zapfen sowie der Blätter sind im Rahmen ordnungsgemäßer Bewirtschaftung eines Gartengrundstücks hinzunehmen. Für deren Beseitigung kann der Grundstücksnachbar auch keine Entschädigung verlangen.

Urteil des BGH vom 20.09.2019  
V ZR 218/18  
Pressemitteilung des BGH

---

## Sozialrecht

### Aufhebungsvertrag kann Sperrzeit zur Folge haben

Kündigt ein Arbeitnehmer von sich aus ohne wichtigen Grund oder vereinbart er mit dem Arbeitgeber die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses und verursacht dadurch seine Arbeitslosigkeit, steht ihm Arbeitslosengeld erst nach einer Sperrzeit von regelmäßig 12 Wochen zu. Hat ein Arbeitnehmer durch seine Zustimmung zu einem Aufhebungsvertrag das Beschäftigungsverhältnis gelöst, ohne konkrete Aussichten auf einen nahtlosen Anschlussarbeitsplatz zu haben, hat er dadurch die Arbeitslosigkeit grob fahrlässig herbeigeführt, was die Anordnung einer Sperrzeit rechtfertigt.

Urteil des SG Landshut vom 15.05.2019  
S 16 AL 238/18 - Pressemitteilung des SG Landshut

### Erstattungsanspruch kann im Eilverfahren geltend gemacht werden

Das Jobcenter hat einem Arbeitslosengeld-II-Empfänger die Kosten für die Anschaffung von Schulbüchern als Härtefall-Mehrbedarf gemäß § 21 Abs. 6 SGB II (Sozialgesetzbuch) zu erstatten. Der Erstattungsanspruch kann dabei auch im Eilverfahren geltend gemacht werden. Dabei kommt es nach Meinung des Sozialgerichts Düsseldorf auf die Frage der Eilbedürftigkeit nicht an, da aus rechtsstaatlichen Gründen ein offensichtlich berechtigter Anspruch nicht mit der Begründung abgelehnt werden kann, es bestehe keine Eilbedürftigkeit.

Beschluss des SG Düsseldorf vom 05.08.2019  
S 35 AS 3046/19 ER  
Pressemitteilung des SG Düsseldorf

---

## Versicherungsrecht

### Nachweis einer Unfallmanipulation durch Auslesen der Fahrzeugdaten

Ist bei einem an einem Unfall beteiligten Pkw das Auslesen der Daten aus dem sogenannten Event-Data-Recorder (EDR) möglich, können die mithilfe eines Gerichtssachverständigen gewonnenen Daten zum Nachweis eines manipulierten Verkehrsunfalls herangezogen werden.

In dem konkreten Fall ergaben die so ermittelten Daten, dass das an dem Unfall beteiligte Fahrzeug - anders als vom vermeintlichen Geschädigten behauptet - nicht im fließenden Verkehr als Hindernis für den abbiegenden Unfallverursacher plötzlich "aufgetaucht" war, sondern über den gesamten Zeitraum der Aufzeichnung der entsprechenden Daten aus dem Event-Data-Recorder (EDR) mit der Parkposition P im Automatikgetriebe als Hindernis abgestellt worden war. Zusammen mit anderen Indizien konnte so die Unfallmanipulation nachgewiesen werden.

Urteil des OLG Hamm vom 13.05.2019  
6 U 144/17 - NJW 2019, 3085

### Kollision zwischen Radfahrer und Fußgänger auf Gehweg mit Zusatzschild "Radfahrer frei"

Radfahrer trifft auf gemeinsamen Geh- und Radwegen eine besondere Pflicht zur Rücksichtnahme gegenüber Fußgängern. Insbesondere bei einer unklaren Verkehrslage muss ggf. per Blickkontakt eine Verständigung mit dem Fußgänger gesucht werden und - soweit erforderlich - Schrittgeschwindigkeit gefahren werden, um ein sofortiges Anhalten zu ermöglichen.

Für das Oberlandesgericht Celle gelten diese Maßstäbe erst recht auf Gehwegen, die durch ein Zusatzschild für Radfahrer freigegeben sind. Das Zusatzschild "Radfahrer frei" eröffnet dem Radverkehr nur ein Benutzungsrecht auf dem Gehweg. Fußgänger haben hier absoluten Vorrang. Kommt es auf einem solchen Gehweg zu einer Kollision zwischen einem Radfahrer und einem 13-jährigen Kind, trägt der Radfahrer die alleinige Schuld an dem Unfall.

Beschluss des OLG Celle vom 19.08.2019  
14 U 141/19  
NJW-Spezial 2019, 649

---

## Medizinrecht

### Keine Haftung des Arztes trotz Aufklärungsversäumnissen

Vor einem ärztlichen Eingriff hat der behandelnde Arzt seinen Patienten umfassend über mögliche Risiken aufzuklären. Eine Verletzung der ärztlichen Aufklärungspflicht ist rechtlich jedoch dann unerheblich, wenn sich bei dem Eingriff nur Risiken verwirklicht haben, über die nicht aufzuklären war und der Patient wenigstens eine Grundaufklärung über die Art und den Schweregrad des Eingriffs erhalten hatte.

Urteil des BGH vom 28.05.2019  
VI ZR 27/17 - NJW 2019, 2320

### Keine Beratungspflichten des Tierarztes

Die Beratungs- und Aufklärungspflichten von Humanmedizinern sind in den Vorschriften der §§ 630a ff. BGB

ausführlich geregelt. Für das Oberlandesgericht Dresden sind diese Grundsätze nicht auf die tierärztliche Behandlung entsprechend anwendbar. Bei Behandlungsverträgen über Tiere gelten daher die allgemeinen Regelungen des Schuld- und Sachenrechts.

Daraus ergab sich für das Gericht in dem konkreten Fall, dass ohne konkreten Anlass keine Verpflichtung des Tierarztes bestand, den Tierhalter über das Risiko aufzuklären, ein narkotisiertes Pferd könne in der Aufwachbox stürzen und sich hierdurch erheblich verletzen. Die Schadensersatzklage des Besitzers, dessen Pferd sich nach der Operation in der Pferdebox verletzt hatte, gegen den Tierarzt hatte keinen Erfolg.

Urteil des OLG Dresden vom 15.01.2019  
4 U 1028/18 - GesR 2019, 164

---

## Steuerrecht

### Statische Berechnung als haushaltsnahe Dienstleistung

Für sogenannte haushaltsnahe Dienstleistungen vermindert sich die Einkommensteuer auf Antrag des Steuerpflichtigen um 20 Prozent, höchstens aber um 4.000 Euro der Aufwendungen (§ 35a Abs. 2 EStG). Die Steuerermäßigung für Handwerkerleistungen umfasst auch Aufwendungen für eine statische Berechnung, die zur Durchführung der Handwerkerleistungen (hier Ersatz von schadhaften Holzstützen durch Stahlstützen an einem Einfamilienhaus) erforderlich ist.

Urteil des FG Baden-Württemberg vom 04.07.2019  
1 K 1384/19 (nicht rechtskräftig) - JURIS online

### Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen steuerfrei

Die Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen (hier knapp 2.800 Euro) ist nach § 3 Nr. 3b EStG (Einkommensteuergesetz) steuerfrei. An dieser Einordnung als steuerfreie Beitragserstattung ändert auch nichts, wenn - wie in dem vom Finanzgericht Düsseldorf entschiedenen Fall - der Erstattungsbetrag die geleisteten Arbeitnehmerbeiträge aufgrund eines Fehlers in der Lohnsteuerbescheinigung oder eines Fehlers der Rentenversicherung übersteigt.

Urteil des FG Düsseldorf vom 22.11.2018  
14 K 1629/18 E - DStRE 2019, 729